

Linksextremisten in Indonesien: Portugal und die Friedrich-Naumann-Stiftung

Als sicher und stabil hat Militärkommandeur Kentot Harseno im August 1992 auf einem Treffen von Hochschulrektoren und -dekanen in Jakarta die Lage in Indonesien bezeichnet. Gefahr drohe jedoch von einer Reihe links- und rechtsextremistischer Kräfte im In- und Ausland. Zu den ausländischen Linksextremisten gehören pauschal alle Auslandsindonesier, Organisationen wie amnesty international, die niederländischen Stiftungen NOVIB und HIVOS, die deutsche FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung und Portugal. Für besonders gefährlich hält General Kentot die ausländischen Medien, etwa BBC London oder Radio Hilversum. Zentraler Anlaß, die internationale Presse zum Staatsfeind zu erklären, war offensichtlich das Massaker von Dili, Ost-Timor, vor gut einem Jahr, über das in der ganzen Welt berichtet worden war. Und nicht mit allen ausländischen Regierungen hat man in Jakarta so leichtes Spiel wie mit Malaysia: Der Informationsminister des Nachbarlandes machte seinem indonesischen Kollegen persönlich die Aufwartung, um sich über eine Fernsehdokumentation zu den Dili-Unruhen zu entschuldigen.

Erneute Festnahmen

Am 27.10.92 versammelten sich Hunderte von Studenten und Jugendlichen aus Java, Bali und Sumatra, um des Tages der Jugend zu gedenken und die Auflösung der Jugendorganisation KNPI zu fordern. Sie sind der Auffassung, daß die KNPI nicht in der Lage sei, die Meinung der Jugend und der kleinen Leute zu vertreten. Im Gegenteil werde die Organisation nur von den Mächtigen zur politischen Legitimation benutzt. Die beabsichtigte Veranstaltung dauerte jedoch nur 5 Minuten, bis sie von der Polizei brutal aufgelöst wurde. 12 teilnehmende Studenten unterschiedlicher Universitäten sowie zwei Journalisten wurden brutal zusammengeschlagen und zu einem bereitstehenden Auto geschleift, mit dem sie über Nacht in Po-

Zu den Linksextremisten, die im Inland nach Ansicht von General Kentot ihr Unwesen treiben, zählen das Rechtshilfeinstitut LBH, die Menschenrechtsgruppe INFIGHT, der Regenwaldverband SKEPHI, das "Demokratische Forum" sowie die Journalistengruppe PIJAR.

Rechtsextreme Kräfte werden ausschließlich im Lande selbst gesehen. Es sind dies sogenannte fundamentalistische religiöse Kräfte unter den Katholiken und vor allem unter den Muslims.

General Kentot verlangte von den Vertretern der Hochschulen, an den Universitäten politische Aktivitäten zu unterbinden. Vermieden werden sollten vor allem Vernetzungen zwischen dem Demokratischen Forum, SKEPHI, der Studentenpresse, der Studentenschaft und dem Lehrkörper. Eine besondere Beschwerde richtete sich an die Adresse der privaten Hochschulen, an denen besonders viele Auseinandersetzungen stattfänden. Die Ausführungen Kentots werden als offene Drohungen an die Hochschulen gewertet. Konsequenz könnte sogar die Schließung von Bildungseinrichtungen sein.

vgl. IMBAS-Erklärung, November 1992

lizeigewahrsam gebracht wurden.

Einige Tage zuvor wurde ein Mitglied der LBH Surabaya, Dadang Trisasongko, unter Anwendung des Anti-Subversionsgesetzes vier Tage in Haft genommen. Er wurde beschuldigt, die Bewohner von Singosari aufzuhetzen und der Regierung den Gehorsam zu verweigern. Dabei hat er, nach Aussagen des Direktors von LBH Surabaya, seinen Klienten nur das geltende Recht erläutert. Die Bewohner von Singosari hatten sich in Zelte geflüchtet, weil infolge einer über ihrem Dorf verlegten Hochspannungsleitung viele Menschen erkrankt waren. Sie fordern deshalb, an einen anderen Ort umgesiedelt zu werden.

vgl. tapol 31.10.92, S. 77

Studenten verlangen Suhartos Rücktritt

Eine Gruppe indonesischer Studenten hat am Freitag, den 30.10.92, Suharto zum ersten Mal öffentlich angegriffen und aufgefordert zurückzutreten. "Wir wollen Veränderung. Wir sind am Ende unserer Geduld", sagte Eggi Sudjana, der Verantwortliche einer noch weitgehend unbekanntem Studentengruppe des Instituts für soziale und ökonomische Studien.

Sudjana forderte zusammen mit 50 Studenten vor dem Parlamentsgebäude den Rücktritt Suhartos, damit der ehemalige General und Dissident Ali Sasikin im März nächsten Jahres seine Nachfolge antreten kann. "1967 war ich in der Grundschule und er (Suharto) war schon Präsident. Jetzt habe ich die Universität abgeschlossen und er ist immer noch da", so Sudjana. Ali Sadikin ist Vorsitzender der Dissidentengruppe "petisi 50", die aus ehemaligen Generälen, Kabinettsmitgliedern und religiösen Führern besteht und ebenfalls bereits Suhartos Rücktritt gefordert hat.

Suharto kam 1965 nach der Zerschlagung eines Putschversuches an die Macht. Seitdem gab es nie einen Gegenkandidaten für das Amt des Präsidenten. Der studentische Protest ist mehr als ein symbolischer Akt zu werten, da der 71-jährige Suharto bereits die Zustimmung aller einflussreichen Gruppen, einschließlich des Militärs, für seine Wiederwahl in der Tasche hat.

Die Studenten trafen sich mit Mitgliedern der Indonesischen Demokratischen Partei (PDI), die noch am ehesten als Oppositionspartei bezeichnet werden kann und als einzige Partei noch keinen Kandidaten für die Neuwahlen aufgestellt hat. Sudjana: "Wir fordern die PDI auf, nicht am Ende doch noch Suharto zu nominieren".

vgl. Reuter 30.10.92

Protestaktion in Solo

In Solo fand eine dreitägige phantasie- und kraftvolle symbolische Aktion zum Schutz des kulturellen Erbes in Solo statt. Protestierende Studenten und Künstler hielten Reden, verlasen Gedichte und führten ein Kabarett auf. Zwei

Beringin - Bäume, die für die Bewohner Solos heilig sind - wurden mit weißem Stoff umwickelt und eine symbolische Beerdigung zelebriert.

Diese gewaltfreie Aktion wurde von der Bevölkerung sehr willkommen geheißen, war bei ihr doch der Gipfel der Empörung erreicht. Die bisherigen Bauvorhaben und stadtplanerischen Entwicklungen hatten das kulturelle Erbe des Kratons in Solo mißachtet. Zum Beispiel wurde in der Moschee des Agung, die dem Kraton gehört, ein Warenhaus gebaut. Das historische Bauwerk Vandenberg wurde zerstört, um ein neues Einkaufszentrum an dessen Stelle zu errichten. Nun ist geplant "bangsal kaputren", die Gemächer der Sultanstöchter, für den Bau eines Hotels der PT Bimantara Siti Wisesa, einer Tochtergesellschaft der im Besitz eines Sohns von Suharto befindlichen Unternehmensgruppe Bimantara, preiszugeben. Scharfer Protest wurde auch von den Töchtern des Sultans selbst laut.

vgl. Tempo 17.10., S. 23, 14.11.92, S. 37

Delegation des Australischen Parlaments enttäuscht

Am 28.10.92 wurde einer australischen Parlamentsdelegation die Einreise nach Ost-Timor von der Indonesischen Regierung verweigert. Theo Safei, Oberkommandierender der indonesischen Armee in Ost-Timor, befürchtete nämlich, es könne anlässlich des Todestages von Sebastian Gomes (28.10.) und des Jahrestages des Massakers von Santa Cruz (12.11.) erneut zu einer Demonstration kommen. Im Mai d.J. wurden zwei US-amerikanische Senatoren ebenfalls zurückgewiesen.

Unterdessen erhielt Fernando, Vorsitzender der osttimoresischen Studentenunion, der zur Zeit im Gefängnis Cipanang mit der Begründung, er habe zur Demonstration gegen die "Integration" Ost-Timors aufgerufen, festgehalten wird, den Reebock-Preis für den Kampf um Menschenrechte. Am 5.10. hatten sechs US-Senatoren Präsident Suharto in einem Brief aufgefordert, die jugendlichen Demonstranten freizulassen.

vgl. Tempo 24.10.92, S. 30 ff.